Onshore-Windenergie

Vergütungssätze könnten sinken

[28.03.2014] Die Initiative Agora Energiewende schlägt eine Anpassung für das künftige Referenzertragsmodell im Bereich der Windenergie an Land vor: Die Kosten der Onshore-Windenergie könnten gesenkt, der Bau neuer Anlagen gesichert werden.

Die Windenergie an Land ist die derzeit kostengünstigste Technologie im Bereich der erneuerbaren Energien. Im Rahmen der kommenden Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) muss es dennoch das Ziel sein, weitere Kostensenkungspotenziale im Bereich Onshore-Windenergie zu aktivieren, ohne den notwendigen Ausbau der Windkraft an Land zu gefährden. Zu diesem Schluss kommt die Initiative Agora Energiewende auf Grundlage eines von der Deutschen WindGuard erarbeiteten Gutachtens. Agora Energiewende schlägt eine Anpassung des Referentsertragsmodells vor. Dieses legt die Höhe der EEG-Vergütung nach Standort und Anlagenart fest, um einen Ausgleich zwischen sehr guten und weniger ertragsreichen Standorten zu gewährleisten. Der Vorschlag sieht für Windenergieanlagen an Land eine Vergütung zwischen 5,2 Cent je Kilowattstunde an sehr guten Küstenstandorten und 8,9 Cent je Kilowattstunde im Binnenland vor. Die Vergütungshöhe zwischen den Standortqualitäten verlaufe dabei linear. „Die Vergütungsabsenkung kann bei Küstenstandorten um 20 Prozent gegenüber den Werten von 2013 betragen. Im Binnenland mit mittleren Windqualitäten sollte sie mit 10 Prozent entsprechend geringer sein“, sagt Patrick Graichen, Direktor der Agora Energiewende. Sonst drohe der Ausbau der Windenergie in der Mitte und im Süden Deutschlands zum Erliegen zu kommen.
Neben der Vergütungshöhe schlägt Agora Energiewende auch technische Anpassungen am bestehenden Referenzertragsmodell vor. So sollen die Referenzwerte an die inzwischen deutlich höheren Windanlagen angepasst und die bisherige Benachteiligung systemdienlicher Anlagen verringert werden. Darüber hinaus soll eine übermäßige Entschädigung im Fall von Abregelungen – zum Beispiel bei verzögertem Netzausbau – in Zukunft vermieden werden. „Die gute Nachricht lautet: Der weitere Ausbau der Windenergie an Land belastet die Verbraucher kaum mehr. Der notwendige jährliche Zubau von drei Gigawatt anstelle von zwei Gigawatt Wind Onshore erhöht die EEG-Umlage nur um etwa 0,06 Cent pro Kilowattstunde“, so Graichen.

(ma)

Stichwörter: Windenergie, Finanzierung, Politik